

09.12.2013

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

Kurzprotokoll über die Sitzung
des Verwaltungs- und Finanzausschusses
vom 05.12.2013

Anlagen: 1

Öffentlich

1. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Der Vorsitzende informiert, dass der Verwaltungs- und Finanzausschuss in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung am 19. September 2013 die Verwaltung beauftragt habe, das Gebäude in der Seestraße 48 in Filderstadt-Sielmingen ab 1. Januar 2014 anzumieten, sofern die baurechtliche Genehmigung für eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber vorliegt. Die Mietzeit betrage 5 Jahre mit einer anschließenden Option auf Fortsetzung um jeweils 1 Jahr. Das Optionsrecht wurde auf eine Gesamtverlängerungszeit von 5 Jahren vereinbart. Der Vorsitzende informiert weiter, dass die baurechtliche Genehmigung zwischenzeitlich vorliege.

Die Öffentlichkeit nimmt dies zur Kenntnis.

2. Asylbewerberunterbringung im Landkreis Esslingen

Der Ausschuss nimmt den Bericht und die Übersicht über die Unterbringung von Asylbewerbern in landkreiseigenen Immobilien und in den Kreiskommunen zur Kenntnis. Zur Kenntnis genommen wird ebenfalls die Zusage der Verwaltung, bis zur nächsten Sitzung die Übersicht der zum Verkauf stehenden Immobilien hinsichtlich ihrer derzeitigen und künftigen Nutzungsmöglichkeiten präziser darzustellen.

**3. Asylbewerberunterbringung
- Auswirkungen auf den Haushaltsplanentwurf 2014**

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 3.1 Der Erhöhung der Planansätze im Ergebnishaushalt für die Unterkünfte der Flüchtlinge und Aussiedler
- im Aufwand von 1.952.000 EUR auf 4.644.000 EUR, und
- im Ertrag von 1.955.000 EUR auf 2.924.000 EUR
wird zugestimmt.
- 3.2 Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen des in Vorlage 114/2013 dargestellten Leasingmodells Wohncontainer für die Unterbringung der Flüchtlinge und Aussiedler in eigener Zuständigkeit zu beschaffen.
- 3.3 Der Ausschuss ist über den Beschaffungsvorgang und die Finanzierung entsprechend zu informieren.

4. Zuschuss zu den ÖPNV-Kosten für die Beschäftigten des Landkreises

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Einführung einer monatlichen Bezuschussung der ÖPNV-Kosten für die Beschäftigten der Landkreisverwaltung in Höhe von monatlich 10 Euro pro Ticket, zu prüfen, ob und ggf. in welcher Höhe die Parkgebühren erhöht werden können. Hierzu ist auch ein Vergleich der Parkgebühren mit den Kommunen in der Region vorzulegen. Die im Änderungsverzeichnis zum Haushaltsplan enthaltenen Mittel in Höhe von 20.000 Euro werden beibehalten (11 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen).

**5. Haushaltsdebatte 2014
- Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung**

Der Ausschuss nimmt folgendes zur Kenntnis bzw. fasst folgende Beschlüsse:

- 5.1 Antrag der CDU-Fraktion
Dieser Antrag hat sich durch den Beschluss bei Ziffer 4 erledigt.
- 5.2 Anträge der SPD-Fraktion
- 5.2.1 Es wird beantragt, den Umlagesatz für die Kreisumlage auf 34 Prozentpunkte der Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden des Landkreises festzusetzen.
Zu diesem Antrag wurde im nichtöffentlichen Teil unter Ziffer 15 diskutiert.
- 5.2.2 Es wird beantragt, den Ansatz für die Grunderwerbssteuer auf 28 Mio. € festzusetzen.

Dieser Antrag wird bei 8 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen abgelehnt.

5.3 Anträge der Fraktion GRÜNE

- 5.3.1 Wir beantragen, dass der Kreistag die Leitlinien der Finanzierung, wie sie in der Klausur besprochen und im vorgelegten Haushaltsplan umgesetzt wurden, mit diesem Haushaltsplan auch für zukünftige Jahre verabschiedet werden.

Dieser Antrag wurde im nichtöffentlichen Teil bei Ziffer 14 beraten.

- 5.3.2 Wir beantragen: alle Stellen für Wohnheimleitungen und Sachbearbeitung zügig und nach Bedarf zu besetzen, die soziale Betreuung und den Betreuungsschlüssel so anzupassen, dass sie der steigenden Zahl an Bewohnerinnen und Bewohnern und den vielen Standorten gerecht werden kann, für die ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger einmal jährlich eine Tagung vorzubereiten, an der sie sich vernetzen können und Impulse für ihre Arbeit erhalten, Vertreterinnen und Vertreter der Arbeiterwohlfahrt und der Arbeitskreise in den Sozialausschuss einzuladen, um über ihre Arbeit zu berichten, darüber zu berichten, wie die Anzahl der Gruppenräume so erhöht werden kann, dass in oder an jeder Unterkunft ausreichend Räume für Angebote vorhanden sind.

Der Antrag wird durch die Information der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 129a/2013 als erledigt betrachtet. Dem Protokoll ist zudem eine Information über die Arbeit des Arbeitskreises Asyl beigefügt (Anlage 1).

Zu diesem Antrag wurde außerdem im nichtöffentlichen Teil bei Ziffer 12 beraten.

5.4 Antrag der FDP-Fraktion

- 5.4.1 Es wird beantragt, den Hebesatz für die Kreisumlage mit 34,6 v.H. festzusetzen.

Hierzu wurde im nichtöffentlichen Teil bei Ziffer 15 beraten.

5.5 Anträge der Fraktion DIE REPUBLIKANER

- 5.5.1 Es wird eine zusätzliche Entschuldung über 11 Mio. € durch Nichtsenkung des Hebesatzes der Kreisumlage beantragt. Hebesatz soll 37,7% bleiben.

Zu diesem Antrag wurde im nichtöffentlichen Teil unter Ziffer 15 beraten.

- 5.5.2 Es wird eine Information des Kreistages über die Konsequenzen der geplanten Einlagensicherungsrichtlinie für die Kreissparkasse Esslingen beantragt.

Die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 129a/2013 werden zur Kenntnis genommen.

- 5.5.3 Es wird die Erstellung eines Gutachtens zur Weiterführung der S 2 von Neuhausen in den Raum Wendlingen / Nürtingen beantragt.

Hierzu werden die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 129a/2013, wonach Aufgabenträger hierzu der Verband Region Stuttgart ist, dort weitere Untersuchungen derzeit nicht für sinnvoll erachtet werden und sich die Verwaltung dieser Auffassung anschließt und zu gegebener Zeit auf den Verband Region Stuttgart zugehen werde, zur Kenntnis genommen.

- 5.5.4 Es wird ein Bericht über seniorenerechte Arbeitsplätze in der Landkreisverwaltung beantragt.

Hierzu wird der Bericht der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 129a/2013 zur Kenntnis genommen.

- 5.5.5 Es wird eine Interfraktionelle Arbeitsgruppe "Stärkung des Kreistags" beantragt.

Dieser Antrag wird, aufgrund eines Auftrags aus dem Ältestenrat mit der Neuwahl des Kreistags auch die Hauptsatzung ggf. anzupassen, für heute als erledigt betrachtet.

- 5.5.6 Es wird die Übertragung der Sitzungen des Kreistags im Internet beantragt.

Dieser Antrag wird aufgrund der Information der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 129a/2013 als erledigt betrachtet.

5.6 Anträge DIE LINKE

- 5.6.1 Es wird beantragt, die Verwaltung des Landkreises zu beauftragen, einen Vorschlag für ein „Sozialticket“ für das VVS-Tarifgebiet zu erarbeiten. Dabei soll die Machbarkeitsstudie der SSB mit berücksichtigt werden.

Als Berechtigte sind in der Konzeption zu berücksichtigen: Wohngeldempfänger, Leistungsbezieher nach SGB II, SGB XII (einschließlich sog „Aufstocker“) und dem AsylbLG. Der Ticketpreis ist auf die anteiligen Kosten für Verkehrsleistungen im Rahmen der Bedarfssätze des Arbeitslosengeldes II zu begrenzen. Der Bezug des Tickets soll mögliche bürokratische Hürden für den Nutzerkreis auf ein Minimum reduzieren.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 129a/2013 als erledigt betrachtet.

- 5.6.2 Es wird beantragt, die Verwaltung zu beauftragen mit den Gremien der VVS in ein Gespräch einzutreten um die undurchsichtige Finanzierungsstruktur des VVS zu verändern. In Stichworten heißt dies: Abgeltung, Einnahmeaufteilungsvertrag, Einnahmezuscheidung, Einnahmeaufteilung, Tarifierungen usw. Diese Bestimmungen sind teilweise historisch gewachsen. Es wäre notwendig dies auf der Grundlage der Gesetze und der EU-Verordnungen in einem partnerschaftlichen Diskurs gleichberechtigt zu verändern. Dies gilt auch für die Tarifzonen des VVS, die das flache Land benachteiligen.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 129a/2013 als erledigt betrachtet.

6. Annahme von Spenden/Sponsoring

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 6.1 Der Verwaltungs- und Finanzausschuss stimmt der Annahme folgender Spenden zu:

Spenden zur Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 Abgabenordnung)

- a) Spende von der Stiftung der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen (Walddag 2013), in Höhe von 3.000,00 €, eingegangen am 23.08.2013;
- b) Spende von Herrn Wolfgang Scheu, Rümelinstraße 15, 72622 Nürtingen, in Höhe von 5.000,00 €, eingegangen am 05.11.2013;
- c) Sachspende der Firma REWE Waldmann oHG, Zollernplatz 7-9, 73734 Esslingen a.N., (diverse Lebensmittel für Rohräcker-schule – Schule für Geistigbehinderte), im Wert von 346,58 €, eingegangen am 24.09.2013;

Spenden zur Förderung der Jugend- und Altenhilfe (§ 52 Abs. 2 Nr. 4 Abgabenordnung)

- d) Spende der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen (Projektmittel für „future for all“ zur Kriminalitäts- und Suchtprävention), in Höhe von 15.000,00 €, eingegangen am 19.08.2013;

Spenden zur Förderung kultureller Zwecke (§ 52 Abs. 2 Nr. 5 Abgabenordnung)

- e) Spende des Bäckerhauses Veit GmbH (Erlös des 8. Arche-marktes im Freilichtmuseum Beuren), in Höhe von 300,00 €, eingegangen am 26.09.2013;
- f) Sachspende der Firma REHA-Point, Herrn Matthias Lutz, Neckartailfinger Straße 28, 72622 Nürtingen (Rollstuhl für Besucher des Freilichtmuseums Beuren), im Wert von 950,00 €, eingegangen am 26.04.2013.

6.2 Der Verwaltungs- und Finanzausschuss stimmt der Annahme der in Anlage 1 zu Vorlage 159/2013 aufgeführten Spenden bis zu 100 € (Kleinspenden) zu.

6.3 Der Verwaltungs- und Finanzausschuss stimmt dem Sponsoring des Freilichtmuseums Beuren durch die Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen für den Zeitraum 01.01.2014 bis 31.12.2018, in Höhe von 1,50 € je Besucher pro Kalenderjahr zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer von derzeit 19 % (1. Rate = 59.500,00 €; 2. Rate = 59.500,00 €; 3. Rate = Schlussrechnung, erfolgt nach Vorlage der Besucherzahlen) zu.

gez.
Heinz Eininger
Landrat

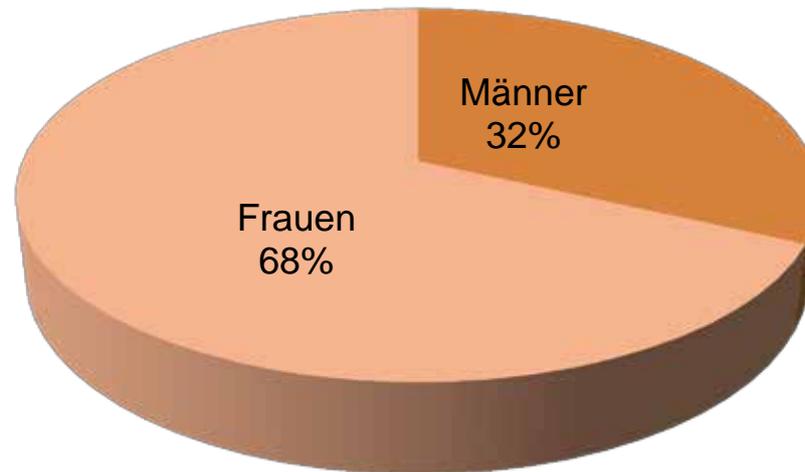


Austausch Arbeitskreise Asyl 29.11.2013

im Landratsamt Esslingen

Ca. 170 Engagierte (Rückmeldung 11 Fragebogen)

Aufteilung der 170 Engagierten in %



im Alter zwischen 16 – 75 Jahre

Wie sieht die praktische Arbeit aus?

- Deutschunterricht/ Sprachencafé
- Begleitung bei Arztterminen/Notfalldienste
- Gremienarbeit (z. B. mtl. Sitzung des AK Asyl)
- Unterstützung/Begleitung im täglichen Leben
- Veranstaltungen (u. a. Willkommensfeste)
- Beschäftigungsangebote
- Begleitung/Fortbildung für Ehrenamtliche



Wie sieht die praktische Arbeit aus?

- Stadtführung/Ortsbegehung für Neuankömmlinge
- Kleiderkammer/Kleiderspenden
- private Einladungen, auch zu Ausflügen
- Angebot zum Gespräch/
persönlichen Begleitung
- regelmäßige Treffen z. B. Asyl-Café
- Begleitung zu Behörden/Rechtsanwälten
- Mobilitätsverbesserung durch Fahrräder
- Öffentlichkeitsarbeit



Gute Erfahrungen:

- gute Resonanz/Akzeptanz durch die Bevölkerung
- viel Aufklärungsarbeit geleistet/
Problemen kann vorgebaut werden
- dass es uns schnell gelungen ist,
Widerstand im Ort zu brechen
- dass wir gut vernetzt sind
- immer wieder kommen Menschen,
die ihre Hilfe anbieten



Gute Erfahrungen:

- Ehrenamtliche haben bereits für 10 Personen Wohnraum gefunden
- Asylbewerber haben teils gute Deutschkenntnisse/
zeigen viel Eigeninitiative
- gute Stimmung im Wohnheim
- Erweiterung des eigenen Horizonts
- Arbeit ist sehr sinnstiftend

Wunsch nach Unterstützung durch die Bevölkerung

- mehr Offenheit, sowohl den Flüchtlingen als auch den Ehrenamtlichen gegenüber
- Interesse an Mitarbeit
- mehr Resonanz auf Aufrufe (Spenden, Wohnungen)

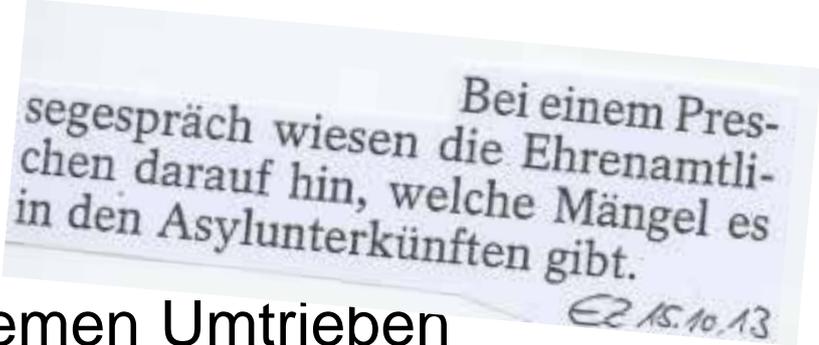


Wunsch nach Unterstützung durch die AWO

- mehr zeitnahe Informationen, mehr Kommunikation
- Zusammenarbeit mit den AKs
- Sichtwechsel: Ehrenamtliche sind Kooperationspartner
- fachliche Begleitung der Ehrenamtlichen
- Kooperation in der Begleitung von Asylverfahren
- Vordrucke/Checklisten (Arbeitsaufnahme/Auszug...)

Wunsch nach Unterstützung durch den Landkreis

- bessere personelle Ausstattung / psychosoziale Betreuung
- Informationsfluss verbessern
- klare Positionierung gegen rechtsextremen Umtrieben
- Vorhalten von Checklisten/Vordrucken
- Angebote der Ehrenamtlichen annehmen/wohlvollende Zusammenarbeit
- Schnellere Umsetzung von Verbesserungen/Einhaltung Absprachen
- weiterer Gemeinschaftsraum



Bei einem Pressegespräch wiesen die Ehrenamtlichen darauf hin, welche Mängel es in den Asylunterkünften gibt.
EZ 15.10.13

Wunsch nach Unterstützung durch Verwaltung vor Ort

- klare Positionierung gegen rechtsextreme Umtriebe
- Informationen, wenn neue Flüchtlinge kommen, insbesondere Schutzbedürftige
- bei Problemen aktive Kontaktaufnahme mit Ehrenamtlichen
- Info, wenn Flüchtlinge in die Anschlussunterbringung kommen

Wunsch nach Unterstützung durch Verwaltung vor Ort

- mehr Kommunikation zwischen Institutionen (Jobcenter, VHS ...)
- Formulare in einfacher Sprache
- einheitliche Handhabung von Anträgen
- großzügigere Bearbeitung von Urlaubsanträgen
- aktive Unterstützung des Landratsamtes bei der Wohnungssuche
- Informationen zu rechtlichen Grundlagen bei Asylverfahren



Wunsch nach Unterstützung von anderen

- von Kirche, Gemeinderat, Parteien, Vereinen: Interesse, Hilfestellung, Einbindung der Flüchtlinge in die jeweiligen Strukturen
- Reisefreiheit deutschlandweit
- weniger Bürokratismus (z. B. steuerliche Abzugsfähigkeit bei großzügigen Spenden)
- einen angemessenen Personalschlüssel (1 : 120)

„Das Gute am AK Asyl ist, sie sind
immer für uns da!“

